

MONATSINFO

SEPT./OKTOBER 2012

Bürgerinitiative

Bürger gegen Flomborner Strahlenmast e.V.



Kein Wahlkampf – Politiker antworten nicht

Es ist, als wollten die Parteien alle Klischees erfüllen. Als die Bürgerinitiative gegen den Flomborner Strahlenmast zu Wahlkampfzeiten an Abgeordnete schrieb, da versicherten fast alle, dass sie sich für die Gesundheit der Bürger einsetzen. Nun, da die nächsten Wahlen noch in weiter Ferne liegen, hatte die BI Mitglieder aller Parteien des Umweltausschusses im Bundestag angeschrieben. Der Grund: Die Bundesimmissionsschutzverordnung soll geändert werden.

Was so abstrakt klingt, regelt die zulässigen **Grenzwerte von Mobilfunkstrahlen**. Hier geht es auch um Mindestabstände von Strahlenquellen zu Wohngebieten.

Ein einziger Abgeordneter hat geantwortet. Ralph Lenkert von den Linken schrieb nicht nur prompt, sondern erklärte in seiner Antwort, dass es „nicht akzeptable Gesundheitsrisiken“ gibt, wenn auch nur ein Prozent der derzeitigen Grenzwerte ausgeschöpft werden. Vor allem Kleinkinder seien durch elektromagnetische Strahlen gefährdet. Deshalb müssten die Grenzwerte gesenkt werden.

„Wenn die Politik nicht reagiert, müssen wir öffentlichen Druck machen“, folgern die Flomborner. Mut macht ihnen eine Meldung aus Bayern. In der Gemeinde Icking hat der Gemeinderat mit einem Teilflächennutzungsplan verhindert, dass ein Sendemast aufgestellt wird, obwohl der die Grenzwerte eingehalten hätte. Ein Tochterunternehmen der Telekom wollte trotzdem bauen – und blitzte vor dem bayrischen Verwaltungsgerichtshof ab. Begründung der Richter: **Wenn die Gemeinde das Risiko weiter verringern will, dann darf sie das**, weil die Gesundheit ein hohes Rechtsgut sei. Kommentar der BI: „Was in Bayern rechtens ist, sollte doch auch für Flomborn gelten“.

Die BI trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat 19.30h im evangelischen Pfarrsaal Flomborn.

V.i.S.d.P. BI gegen den Flomborner Strahlenmast